

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 46

FREITAG, DEN 15. JUNI

2012

Inhalt:

	Seite		Seite
Anordnung zur Durchführung der Verordnung über die Laufbahn der Fachrichtung Wissenschaftliche Dienste	981	Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs	982
Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans	981	Öffentliche Zustellung	983
Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms	982	Widmung einer Wegefläche	983
		Öffentliche Diskussion zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Marienthal 33 (Wohnen in der Rauchstraße)	983

BEKANNTMACHUNGEN

Anordnung zur Durchführung der Verordnung über die Laufbahn der Fachrichtung Wissenschaftliche Dienste

Vom 5. Juni 2012

I

(1) Zuständig für die Durchführung der Verordnung über die Laufbahn der Fachrichtung Wissenschaftliche Dienste vom 5. Juni 2012 (HmbGVBl. S. 214) in der jeweils geltenden Fassung ist, soweit dort oder nachfolgend nichts anderes bestimmt ist,

die Behörde für Wissenschaft und Forschung.

(2) Zuständig für die Durchführung der in Absatz 1 genannten Verordnung für die bei ihnen beschäftigten wissenschaftlichen Rätinnen und Räte sind

der Senat – Senatskanzlei –,
der Senat – Personalamt –,
die Fachbehörden,
die Bezirksämter und
der Rechnungshof.

II

Die Anordnung zur Durchführung der Verordnung über die Laufbahn des gehobenen Bibliotheksdienstes vom 12. Februar 1991 (Amtl. Anz. S. 493) in der geltenden Fassung wird aufgehoben.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 5. Juni 2012.

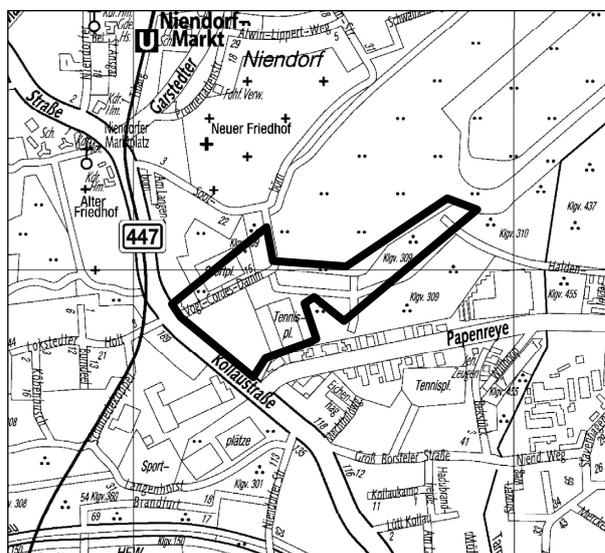
Amtl. Anz. S. 981

Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat hat beschlossen, die Änderung des Flächennutzungsplans „Gewerbliche Bauflächen nördlich der Papenreye in Niendorf“ gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), öffentlich auszulegen:

Änderung des Flächennutzungsplans (Aufstellungsbeschluss F 4/10)

Geltungsbereich nördlich der Papenreye in Niendorf (F 4/10 – Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 318).



Mit der Änderung des Flächennutzungsplans ist beabsichtigt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe im Flughafenumfeld zu schaffen. Darüber hinaus wird die Darstellung der „In Aussicht genommene Flächen für den Luftverkehr“ bestandsgemäß korrigiert. Die nordöstlich vorhandenen Kleingärten sind Teil des 2. Grünen Rings und werden im Flächennutzungsplan als Freiraumverbund deutlicher akzentuiert.

Entsprechend werden an Stelle der „In Aussicht genommenen Fläche für den Luftverkehr“, „Gewerbliche Bauflächen“ und „Grünflächen“ dargestellt. Gleichzeitig werden „Grünflächen“ zugunsten „Gewerblicher Bauflächen“ zurück genommen.

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung umfasst insgesamt eine Fläche von 10,4 ha.

Die Änderung des Flächennutzungsplans (zeichnerische Darstellungen, Beschlusstext und Begründung) wird in der Zeit vom 25. Juni 2012 bis zum 7. August 2012 während der Dienststunden beim Bezirksamt Eimsbüttel, Grindelberg 66, XI. Stock, Raum 1138, 20144 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Es liegen umweltbezogene Informationen (Gutachten, Stellungnahmen und Untersuchungen) zu folgenden Themen vor: Verkehr, Luftschadstoffe, Lärm, Altlasten, Boden- und Grundwasserschutz, Landschaftsplanung und Artenschutz.

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Flächennutzungsplans bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Ein Duplikat der Änderung des Flächennutzungsplans ohne umweltbezogene Informationen kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Alter Steinweg 4, im I. Obergeschoss, 20459 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 30. Mai 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 981

Auslegung einer Änderung des Landschaftsprogramms

Der auf Grund von § 4 Absatz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (HmbBNatSchAG) vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), geändert am 23. Dezember 2011 (HmbGVBl. 2012 S. 1), erstellte Entwurf einer Änderung des Landschaftsprogramms (Änderungsverfahren L 04/10) „Gewerbliche Bauflächen nördlich der Papenreye in Niendorf“ im Geltungsbereich nördlich der Papenreye in Niendorf (F 4/10 – Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 318) wird mit Beschluss, Erläuterungsbericht und Karten nach § 5 Absatz 2 HmbBNatSchAG in

der Zeit vom 25. Juni 2012 bis zum 7. August 2012 während der Dienststunden beim Bezirksamt Eimsbüttel, Grindelberg 66, XI. Stock, Raum 1138, 20144 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Der Geltungsbereich der Änderung des Landschaftsprogramms ist identisch mit dem Bereich der Änderung des Flächennutzungsplans nördlich der Papenreye in Niendorf (siehe vorstehende Veröffentlichung).

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über das Landschaftsprogramm unberücksichtigt bleiben.

Ein Duplikat der Änderung des Landschaftsprogramms kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Alter Steinweg 4, I. Obergeschoss, 20459 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 30. Mai 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

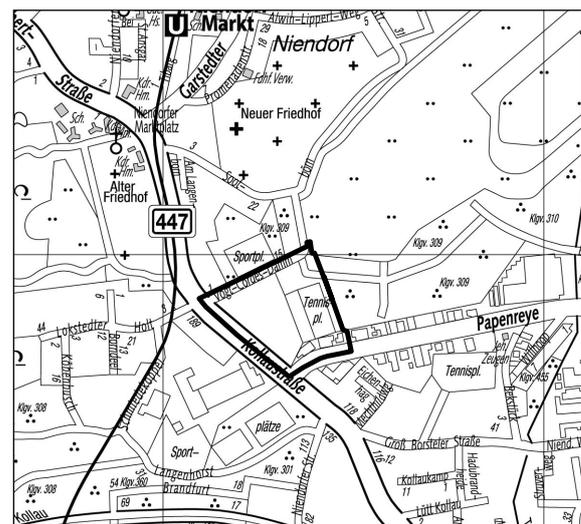
Amtl. Anz. S. 982

Öffentliche Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfs

Das Bezirksamt Eimsbüttel hat beschlossen, den Entwurf eines Bebauungsplans gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), öffentlich auszulegen:

Niendorf 90

Gebiet zwischen den Straßen Kollaustraße, Vogt-Cordes-Damm und Papenreye im Stadtteil Niendorf (Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 318).



Das Bebauungsplangebiet wird wie folgt begrenzt: Kollaustraße – über die Flurstücke 3319, 11 316, 11 893, 3315, 11 192, 12 183, 10 812 – Vogt-Cordes-Damm – über das Flurstück 11 457, Ost- und Nordgrenze des Flurstücks 11 457, über die Flurstücke 11 457 und 12 195, Ostgrenze des Flurstücks 8164, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 8848 – Papenreye (Flurstück 11 591 der Gemarkung Niendorf).

Der Bebauungsplan-Entwurf Niendorf 90 hat die Zielsetzung, das Gebiet insbesondere als Gewerbebestandort zu entwickeln. Die gute Anbindung an das überörtliche Straßennetz sowie die unmittelbare Nachbarschaft zum Flughafen Fuhsbüttel verschaffen dem Standort eine besondere Lagegunst. Mit der Planung soll der Gewerbebestandort Eimsbüttel maßgeblich gestärkt und eine gewerbliche Flächenvorsorge im Bezirk umgesetzt werden.

Mit dem Bebauungsplan wird auch die Änderung der Nutzungsstruktur mit weniger lärmempfindlichen Nutzungen planerisch vorbereitet. Das Gebiet unterliegt auf Grund der direkten Nachbarschaft zum Flughafen erheblichen Immissionsbelastungen. Der Verkehr der sechsspurigen Kollaustraße wirkt ebenfalls stark auf das Gebiet ein. Die bestehenden Wohnnutzungen sind daher erheblichen Belastungen ausgesetzt.

Zur Sicherung des Flächenangebots für gewerbliche Nutzungen, insbesondere im produzierenden und verarbeitenden Bereich, und des benachbarten Stadtteilzentrums Niendorf sollen Einzelhandelsnutzungen im Plangebiet weitgehend ausgeschlossen werden.

Der Bebauungsplan-Entwurf sieht im Großteil die Festsetzung als Gewerbegebiet vor. Im Nordosten sollen die vorhandenen Dauerkleingärten sowie der öffentliche Grünzug planungsrechtlich gesichert werden. Die Straßenquerschnitte sollen zeitgemäßen Anforderungen und Ausbaustandards angepasst und hierfür in Teilbereichen erweitert werden.

Der Entwurf des Bebauungsplans und seiner Begründung werden in der Zeit vom 25. Juni 2012 bis 7. August 2012 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden (montags bis donnerstags 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr) bei dem Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel, Grindelberg 62-66, XI. Stock, Raum 1138, 20144 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Zu Umweltthemen liegen Stellungnahmen und insbesondere folgende Informationen vor:

- Verkehrstechnische Stellungnahme.
- Lärmtechnische Untersuchung.
- Gutachten zur Luftschadstoffbelastung.
- Entwässerungskonzept.
- Landschaftsplanerischer Beitrag.
- Faunistische Bestandserfassung und artenschutzfachliche Betrachtung.

Diese Unterlagen können während der öffentlichen Auslegung eingesehen werden.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Bebauungsplan-Entwurf bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 13. Juni 2012

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 982

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Emmanuel Sarfo, geboren am 13. April 1981, zuletzt wohnhaft Kuriergang 27b, 22111 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 3. Juli 2012 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 210, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 17. Juli 2012 als bewirkt.

Hamburg, den 5. Juni 2012

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 983

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Altstadt-Süd, belegene Wegefläche der Binnenhafenbrücke (HTC Fußgängerbrücke), die über den Binnenhafen (Flurstück 1749) von Hohe Brücke nach Kehr wieder führt, mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Fußgängerverkehr gewidmet.

Hamburg, den 31. Mai 2012

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 983

Öffentliche Diskussion zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Marienthal 33 (Wohnen in der Rauchstraße)

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek lädt die interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussion ein. Es werden der Siegerentwurf aus einem städtebaulichen Gutachterverfahren mit hochbaulicher Vertiefung, an dem fünf Architekturbüros teilgenommen haben, sowie erste Planungsüberlegungen zu einem hieraus resultierenden Bebauungsplan-Entwurf Marienthal 33 (Wohnen in der Rauchstraße) vorgestellt.

Die Veranstaltung findet am Montag, dem 18. Juni 2012, um 18.00 Uhr im Bürgersaal Wandsbek, Am Alten Posthaus 4, 22041 Hamburg, statt.

Anschauungsmaterial kann am Montag, dem 18. Juni 2012, ab 17.30 Uhr am Veranstaltungsort eingesehen werden.

Zur öffentlichen Unterrichtung und Erörterung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Hamburg, den 7. Juni 2012

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 983

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 igs internationale gartenschau hamburg 2013 GmbH
 Postanschrift:
 Am Inselepark 1, 21109 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Herrn Martin Schulz-Brehme
 Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98 - 733,
 Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98 - 99,
 E-Mail: martin.schulz-brehme@igs-hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 Sonstige: siehe Anhang A.II
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Sonstige: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Sonstige: igs Gartenschau Hamburg 2013 GmbH
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Sonstige: igs Gartenschau Hamburg 2013 GmbH
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 OV-IGS-209/12 – Ausbau Wegesystem, Plätze Gastronomie, Pflegearbeiten
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 (a) Bauauftrag
 Ausführung
 Hauptausführungsort: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Die auszuführenden Leistungen beziehen sich im wesentlichen auf den Wegebau von Grand-

flächen. Zudem muss eine temporäre Fläche für die Gastronomie erstellt werden. 400 m² Betonplatten (igs-Platte), bauseits gestellt, verlegen; 5300 m² wassergebundene Wegedecken, Deckschichtmaterial bauseits; 1200 m Holzeinfassungen herstellen; 200 m² Asphalttragschicht des Rundweges herstellen; 650 m² Asphalttragdeckschicht, D 10 cm, herstellen; 1700 m² Schotterrasenflächen herstellen; 2800 m² Rasen an Grabenböschungen herstellen; 5700 m² Wiesenflächen herstellen.

- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
 Hauptgegenstand: 45112711
- II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**
- II.1.8) **Aufteilung in Lose: Nein**
- II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein**
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang: –**
- II.2.2) **Angaben zu Optionen: Nein**
- II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein**
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung: –**

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) **Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Siehe Vergabeunterlagen**
- III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 Siehe Vergabeunterlagen**
- III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).**
- III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:
 Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein**
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 – Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.**

- Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
 - Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
 - Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
 - Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
 - Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträge.
 - Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: -
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: -
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: -

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: -
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: -
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-IGS-209/12
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja, Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABI:
2011/S 237-382920 vom 9. Dezember 2011
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
28. Juni 2012, 11.15 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 22,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-209/12. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Konto-Nr. 375202205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg.
IBAN DE 50200100200375202205,
BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)
Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Anhang A.II) (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
28. Juni 2012, 11.15 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: -
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 1. August 2012
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 28. Juni 2012, 11.15 Uhr
Ort: siehe Anhang A.II)
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- #### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:** Nein
- VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** -

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Gemäß §107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag
auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens
unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach
Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer
Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
5. Juni 2012

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere
Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ver-
dingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
Unterlagen erhältlich sind (einschließlich
Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog
und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): R-ZVA, Zimmer E 228
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/
Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
R-ZVA, Zimmer E 231
- IV) **Adresse des anderen öffentlichen Auftragge-
bers, in dessen Namen der öffentliche Auftrag-
geber beschafft**
Offizielle Bezeichnung:
igs internationale Gartenschau hamburg 2013
GmbH
Postanschrift:
Am Inselpark 1, 21109 Hamburg, Deutschland
Hamburg, den 5. Juni 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
igs internationale Gartenschau hamburg 2013
GmbH
Postanschrift:
Am Inselpark 1, 21109 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Frau Tag
Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98 - 0,
Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98 - 99,
E-Mail: info@igs-hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerb-
lichen Dialog und ein dynamisches Beschaf-
fungssystem) verschicken:
Sonstige: siehe Anhang A.II
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
Sonstige: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Sonstige: igs Gartenschau Hamburg 2013 GmbH
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Sonstige: igs Gartenschau Hamburg 2013 GmbH
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
Auftraggeber:
Bereich 31, Welt der Kontinente, LV 2 Neuseeland
Pflanzenlieferung
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
ferung bzw. Dienstleistung:
(b) Lieferung
Kauf
Hauptlieferort: Freie und Hansestadt Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
fungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
fungsvorhabens:
B 31 Welt der Kontinente – Lieferung von Far-
nen und Stauden.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 03.12.00.00 - 8
 Ergänzende Gegenstände: 03.12.10.00 - 5
 03.30.00.00 - 2
 03.44.10.00 - 3
 03.45.10.00 - 6
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 ca. 400 Stück Pflanzen
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Beginn: 1. Juli 2012
 Ende: 5. Mai 2013
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung
 Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Nein
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben,
- die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Nein
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
 Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
 OV-igs-218/12
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
 Ja, Vorinformation
 Bekanntmachungsnummer im ABl:
 2011/S 237-382920 vom 9. Dezember 2011
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen:
 Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
 20. Juni 2012, 12.00 Uhr
 Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
 Preis: 5,- Euro
 Zahlungsbedingungen und -weise:
 Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-218/12. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
 Empfänger:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 ZVA, Konto-Nr. 375202205, BLZ 200 100 20,
 Geldinstitut: Postbank Hamburg.
 IBAN DE 50200100200375202205,
 BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)
- Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Anhang A.II) (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
 22. Juni 2012, 10.15 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
 Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 27. Juli 2012
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 22. Juni 2012, 10.15 Uhr
Ort: siehe Anhang A.II)
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:** Nein
- VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
7. Juni 2012

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): ZVA, Zimmer E 228
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): ZVA, Zimmer E 231

Hamburg, den 7. Juni 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 12 A 0224

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: 12 A 0224
Brandschutzvorhang
4111 K 0913 Sanierung in Teilen Gebäude 16
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Clausewitz-Kaserne,
Manteuffelstraße 20, 22585 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
3-geschossiges Gebäude der FüAk
Art und Umfang der Leistung:
Lieferung eines Brandschutzvorhanges, Montage an WDVS im Bereich Innenhof.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 30. Juli 2012
Fertigstellung der Leistungen bis: 17. August 2012
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 25. Juni 2012
Versand der Verdingungsunterlagen: 29. Juni 2012
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 5,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 12 A 0224
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der voll-

ständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
17. Juli 2012, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehene Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 17. August 2012
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):
Vergabekammer (§ 104 GWB)
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen: Frau Schnur
Telefon: 040/4 28 42 - 381

Hamburg, den 8. Juni 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– **Bundesbauabteilung** –

535

Auftragsbekanntmachung

D-Hamburg:
Installation von Funktelefongeräten
2012/S 105-175423

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Inneres und Sport,
– Feuerwehr – F 0111,
Kontaktstelle(n): Ausschreibungsstelle
Westphalensweg 1, 20099 Hamburg,
Deutschland
Telefon: + 49 (40) / 4 28 51 - 41 14 / - 41 13,
Telefax: + 49 (40) / 4 28 51 - 41 49,
E-Mail:
ausschreibungsstelle@feuerwehr.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des Auftraggebers:
www.feuerwehr.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Inneres und Sport, Feuerwehr,
Zu Händen von Poststelle
Westphalensweg 1, 20099 Hamburg,
Deutschland
Telefon: + 49 (40) / 4 28 51 - 43 22

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Vergabe von Arbeitsleistungen zum Einbau von digitalen Endgeräten (FRT/MRT) in stationären „Fernmeldetischen“ und in Einsatzfahrzeugen der unterschiedlichsten Art.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 5

Telekommunikation

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Die vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr Hamburg erfordern eine gesicherte Kommunikationsinfrastruktur aller beteiligten Kräfte. Eine wesentliche Voraussetzung zur Schaffung dieser Struktur ist die Einführung des Digitalfunks für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) (Fahrzeug-RLST). Mit dem Einbau der FRT und MRT in die Fernmeldetische an den Feuer- und Rettungswachen/Umweltschutzwache und in die Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr Hamburg soll die ständige Erreichbarkeit der Einsatzkräfte und damit die Kommunikation mit der Rettungsleitstelle sichergestellt werden.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV): 51330000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrag**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Los 1: Einbau von 18 FRT als Festeinbau in die „Fernmeldetische“ an den Feuer- und Rettungswachen/Umweltschutzwache.
Los 2: Einbau von 511 MRT in Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 6 Monate ab Auftragsvergabe.
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Zahlungen erfolgen im Rahmen der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung für Leistungen (VOL/B) und den in den Verdingungsunterlagen genannten Regelungen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigten Vertreter.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja
Darlegung der besonderen Bedingungen:
1) Für den Auftrag kommen nur Bieter in Betracht, die innerhalb der letzten 3 Jahre bereits Aufträge ähnlicher Art und Umfangs mit Erfolg ausgeführt haben. Die Eignung für Arbeiten aus dem Los 2 kann auch durch eine zertifizierte Qualifikation als „Fachmonteur für Digitalfunk in Fahrzeugen“ (z.B. beim TÜV-Rheinland) nachgewiesen werden. Der Bieter hat mit dem Angebot eine Eigenerklärung zu Verurteilungen und Bußgeldbescheiden abzugeben.
2) Der Realisierungszeitplan darf 6 Monate nicht übersteigen.
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: –
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: –
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit: –
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal
Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Nein
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
16.76-03.18

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 17. Juli 2012, 14.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 5,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Die Abgabe der Verdingungsunterlagen erfolgt nur nach Eingang der Kostenbeteiligung, die nicht zurückerstattet wird.
Überweisung des Betrages auf das Konto des Auftraggebers bei der
Bundesbank,
Bankleitzahl 200 000 00,
Kontonummer 200 015 80,
IBAN DE1120000000020001580,
BIC/SWIFT: MARKDEF1200.
Bei Überweisung ist als Zahlungsgrund das Kennwort F 04/2012 und die Referenznummer 2245000020578 anzugeben.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
24. Juli 2012, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Bis 30. November 2012
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
31. Mai 2012

**ANHANG B
ANGABE ZU DEN LOSEN**

Los-Nr. 1 Bezeichnung: Einbau von FRT

1. **Kurze Beschreibung:**
Als Festeinbau in die „Fernmeldetische“ an den Feuer- und Rettungswachen/Umweltschutzwache.
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):** 51330000
3. **Menge oder Umfang:** 18
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2 Bezeichnung: Einbau von MRT

1. **Kurze Beschreibung:**
In Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr.
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):** 51330000
3. **Menge oder Umfang:** 511
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 5. Juni 2012

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Feuerwehr –**

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 c N 286/93. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Kommanditgesellschaft **DIMEX-CIBARIA Handelsgesellschaft m.b.H. & Co.**, Flughafenstraße 54 b, 22415 Hamburg, persönlich haftende Gesellschafterin: DIMEX-CIBARIA Handelsgesellschaft m.b.H., Geschäftsführer: Amine El-Aour, Joseph Amine El-Aour, werden die Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters für seine Geschäftsführung in der Nachtragsverteilung wie folgt festgesetzt:

Vergütung:	1741,05 Euro
abzüglich darin enthaltene Umsatzsteuer (7 %):	113,90 Euro
fiktive Nettovergütung:	1627,15 Euro
zuzüglich hälftige allgemeine Umsatzsteuer (12 %) auf ermäßigten Betrag	<u>195,26 Euro</u>
Bruttovergütung	<u>1936,31 Euro</u>

Hinsichtlich der Berechnung der Umsatzsteuer wird auf den Beschluss des BGH vom 20. November 2003 (IX ZB 469/02) verwiesen.

Zur Begründung wird auf den Antrag des Konkursverwalters vom 9. Mai 2012 Bezug genommen.

Hamburg, den 5. Juni 2012

Das Amtsgericht, Abt. 65

537

Zwangsversteigerung

802 K 80/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Volksdorfer Weg 147 a, Meisdorfer Mühlenweg belegene, im Grundbuch von Sasel Blatt 8137 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 4/10 Miteigentumsanteilen an dem 1063 m² großen Flurstück 8082, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoss nebst Kellerräumen, beide im Aufteilungsplan mit Nummer 2, bezeichnet durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 3-Zimmer-Wohnung mit Balkon befindet sich im Dachgeschoss eines Zweifamilienwohnhauses, Baujahr etwa 1972/1973, postalische Anschrift: Volksdorfer Weg 147 a. Die Wohnfläche von etwa 135 m² verteilt sich auf 3 Zimmer, Flur, Abstellraum, Gäste-WC, Bad/WC und Küche. Die Wohnung befindet sich laut Gutachten in einem gepflegten Zustand, partiell sind Wandschwärzungen („Fogging-Effekt“) vorhanden. Zum Sondereigentum gehören zwei Kellerräume und das

Sondernutzungsrecht an einem Stellplatz in der Garage im Kellergeschoss.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 208 250,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 22. August 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005 (Erdgeschoss links).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 20. Dezember 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

538

802 K 83/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Unnenland belegene, im Grundbuch von Bramfeld Blatt 15 158 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem 111/10 000 Miteigentumsanteil an dem 2216 m² großen Grundstück (Flurstück 8845), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen, im Aufteilungsplan mit Nummer 50 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 1-Zimmer-Wohnung zur Größe von etwa 30,4 m² ist im II. Obergeschoss hinten rechts des etwa im Jahre 1998 errichteten Gebäudes, postalische Anschrift Unnenland 11, belegen. Sondernutzungsrecht am Tiefgaragenstellplatz Nummer 50.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 61 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 23. August 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005 (Erdgeschoss links).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. Dezember 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 15. Juni 2012

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

539

Zwangsversteigerung

323 K 12/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Heimstättenstraße 5 a, 5 b, Elbgaustraße 102, 104, 104 a, 104 b, 104 c, 104 d belegene, im Grundbuch von Eidelstedt Blatt 9642 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 203,67/10 000 Miteigentumsanteilen an den insgesamt 2094 m² großen Flurstücken 5799, 5800, 6205 und 6530, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerabstellraum Nummer 59, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten, ohne Innenbesichtigung: Die vermietete, etwa

60 m² große 2-Zimmer-Wohnung, ist im Hause Heimstättenstraße 5 a, Dachgeschoss, belegen. Zur Wohnung gehören Küche, Flur und Bad. Das Dachgeschoss ist in den Jahren 2000 bis 2002 ausgebaut worden. Ursprüngliches Baujahr der Mehrfamilienhausanlage: 1955. Gaszentralheizung. Die Wohnanlage besteht aus 58 Wohneinheiten und 2 Gewerbeeinheiten.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 76 500,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 5. September 2012, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 29. August 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden

Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 15. Juni 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 323

540

Zwangsversteigerung

717 K 52/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Oppelner Straße 47 a–47 d belegene, im Grundbuch von Jenfeld Blatt 4403 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 3/15 Miteigentumsanteilen an dem 1592 m² großen Flurstück 2052, verbunden mit dem Sondereigentum an sämtlichen Räumen des Hauses Oppelner Straße 47 a, belegen im II. Obergeschoss und dem Abstellraum im I. Obergeschoss, im Aufteilungsplan jeweils mit der Nummer 3 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die Wohnung befindet sich im II. Obergeschoss eines vermutlich im Jahr 1994 errichteten Mehrfamilienhauses, postalische Anschrift „Oppelner Straße 47 a“. Die Wohnfläche von etwa 101 m² verteilt sich auf 4 Zimmer, WC, Küche, Flur, Abstellraum und anteilige Balkonfläche. Beheizung laut Baubeschreibung über Elektrofußbodenheizung. Gebäude und Außenanlagen befinden sich im gepflegten Zustand. Eine Innenbesichtigung wurde der Sachverständigen nicht ermöglicht. Es besteht ein Sondernutzungsrecht an einer Dachbodenfläche und an einem Kfz-Stellplatz. Das Objekt wird vermutlich von der Verfahrensschuldnerin zu Wohnzwecken genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 150 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 22. August 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 29. Dezember 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 15. Juni 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

541

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A) DESY Ausschreibungsnummer: C2044-12

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift: Notkestraße 85,
22607 Hamburg, Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit folgender Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung

DESY C2044-12, Angebotstermin 24. Juli 2012“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift: Notkestraße 85,
22607 Hamburg, Briefpost: 22603 Hamburg**

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Lieferung von 22 Stück Absorber nach DESY-Zeichnung. Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg.

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose:

LOS I:

5 Stück „Absorber H“ nach DESY-Zeichnung # 0-12-5736-A-001 und technischer Spezifikation Absorber vom 6. Juni 2012
5 Stück „Absorber J“ nach DESY-Zeichnung # 0-12-5750-A-001 und technischer Spezifikation Absorber vom 6. Juni 2012

LOS II:

3 Stück „Absorber K“ nach DESY-Zeichnung # 0-12-5759-A-001 und technischer Spezifikation Absorber vom 6. Juni 2012
3 Stück „Absorber L“ nach DESY-Zeichnung # 0-12-5776-A-001 und technischer Spezifikation Absorber vom 6. Juni 2012

LOS III:

3 Stück „Absorber N“ nach DESY-Zeichnung # 0-12-5778-A-001 und technischer Spezifikation Absorber vom 6. Juni 2012
3 Stück „Absorber P“ nach DESY-Zeichnung # 0-12-5803-A-001 und technischer Spezifikation Absorber vom 6. Juni 2012

Hinweis zur Vergabe der Lose: Es können Angebote für alle Lose oder für einzelne Lose abgegeben werden.

DESY behält sich das Recht vor, die Vergabe des Leistungsumfangs nach Losen oder als Gesamtvergabe vorzunehmen.

f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: entfällt

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist: siehe Vergabeunterlagen

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Frau Dietsch/Frau Grantz
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können schriftlich bis zum 29. Juni 2012 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **24. Juli 2012**

Ablauf der Bindefrist: **24. August 2012**

j) Geforderte Sicherheiten:

Beträgt die Gesamtsumme des Auftrages 50.000,- Euro + MwSt. und mehr, wird eine Sicherheit in Höhe von 5 % der Gesamtsumme für die Dauer der Verjährungsfrist für Mängelansprüche einbehalten. Eine Ablösung durch Bürgschaft ist möglich.

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.

- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.

- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.

- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.

- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.

- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).

- Nachweis über EN ISO 9001:2008.

- Referenzen über Fertigung der ausgeschriebenen oder ähnlicher Produkte.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Hamburg, den 8. Juni 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

542

**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland

Telefon: +49/40/89 98 - 24 80

Telefax: +49/40/89 98 - 40 09

Zu Händen von: Sekretariat

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:

<http://www.desy.de>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers:

Sonstige: Stiftung bürgerlichen Rechts

- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Sonstige: Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Fertigung, Lieferung und Inbetriebnahme von 1 In-Vacuum Undulator für PETRAIII.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
Lieferauftrag
Kauf
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: –
NUTS-Code DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS): –
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Design, manufacturing, magnetic tuning, and delivery of an In-vacuum Undulator of 4 m magnetic length, optionally with the flexible taper chambers, a bake-out system or corrector coils. Undulators play a key role in the generation of synchrotron radiation; this leads to stringent requirements for manufacturing tolerances (μ m-accuracy) and assembly in order to achieve the desired mechanical properties and magnetic performance. These devices will be installed in a storage ring tunnel and will be exposed to radiation during operation. The functional specification of the In-vacuum Undulator requires a detailed mechanical design supported by various FEM calculations. Tolerances of single parts or sub-assemblies need to be proven by a measurement machine or a laser tracker. The dye-pressed magnet structure have tight specifications of their magnetic properties which need entirely to be documented. All magnetic measurements require calibrated equipment. The In-vacuum Undulator has a 2-axes drive allowing for an adjustment of the magnetic gap with an accuracy of 1 μ m while magnetic forces of up to 4 tons are present. Absolute linear encoders (<0.1 μ m resolution) measure the synchronous movement of both axes. A fieldbus-based control system is used to control the device. It also provides different operation modes for commissioning and an interface towards the global machine control system.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
Hauptgegenstand: 42990000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote: Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Fertigung, Lieferung und Inbetriebnahme von 1 In-Vacuum Undulator für PETRAIII.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Gemäß Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Gemäß Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
1. Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregisterauszug. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen,
 2. Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat,
 3. Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat,
 4. Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach § 6 EG VOL/A (Verurteilung nach §§ 129, 129a, 129b StGB; § 261 StGB; § 263 StGB; § 264 StGB; § 334 StGB; Art. 2 §§ 1 oder 2 IntBestG und § 370 AO) nicht vorliegen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
5. Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde,
 6. Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet,

7. Eigenerklärungen über den Gesamtumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre des Unternehmens.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit: –
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	40 %
2. Realisierungskonzept	40 %
3. Lieferplan	20 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
EO009-12

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:

28. Juni 2012

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
24. Juli 2012, 11.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE, EN

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 7. September 2012

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 24. Juli 2012, 10.00 Uhr

Ort: Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Gebäude 11, Raum 012 (Untergeschoss)

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben: –**VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

5. Juni 2012

Hamburg, den 11. Juni 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 543